

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der gestrigen Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses konnte die Union die wichtigen Forderungen für den Bundeshaushalt 2017 durchsetzen. Es konnte insbesondere die Mittelausstattung für die Familien, die Frauen und die Kinder und Jugendlichen in unserem Land verbessert werden. Als Berichterstatter für den Familienetat freue ich mich sehr, dass es nach langen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner gelungen ist, die Bundesstiftung Mutter und Kind, die sich um Schwangere und Mütter in Not kümmert, mit vier Millionen Euro zusätzlich zu unterstützen. Vor dem Hintergrund steigender Geburtenzahlen werden zusätzlich 200 Mio. Euro für das Elterngeld bereitgestellt. Damit werden für das Jahr 2017 allein für Elterngeldzahlungen 6,4 Mrd. Euro bereitstehen. Für den Kinderzuschlag sehen wir zusätzlich 70 Mio. Euro vor. Ebenso ist es uns gelungen, die hervorragende Arbeit unserer Jugendverbände, die mit ihrem Engagement Großartiges leisten, mit zusätzlich 2 Millionen Euro zu fördern. Darüber hinaus haben wir die Jugendmigrationsdienste mit 8 Mio. Euro zusätzlich ausgestattet. Denn in diesen Zeiten müssen wir alles daran setzen, junge Migranten schnell und erfolgreich in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren.

Angesichts der wichtigen Beiträge der Wohlfahrtsverbände für die Gesellschaft in unserem Land erhalten die Spitzenverbände insgesamt 8 Mio. Euro mehr. Ein besonderes Anliegen waren mir immer die Förderung der Mehrgenerationenhäuser. Es ist gelungen, die Förderung in 2017 auf bundesweit etwa 560 Mehrgenerationenhäusern auszubauen. Ich freue mich, dass die hervorragend geführten Häuser in Straubing, Bogen und Mallersdorf-Pafenberg von dieser Förderung profitieren können.

Und zu guter Letzt: Ich konnte in dieser Woche dem Oberbürgermeister Pannermayr und Stadtbrandrat Heimann ein vorzeitiges Weihnachtsgeschenk überbringen. Nach langen intensiven Gesprächen ist es nun amtlich, dass die Stadt Straubing am 19.12.2016 ihr neues Löschfahrzeug für den Katastrophenschutz abholen kann.




Alois Rainer MdB



INTERVIEW

Stracke: Einwanderung in unsere Sozialsysteme weiter verhindern [> S. 2](#)



ARZNEIMITTELGESETZ

Forschung an nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen neu geregelt [> S. 3](#)



NEUES FILMFÖRDERUNGSGESETZ

Mehr gute deutsche Filme [> S. 4](#)

Weitere Themen

TÜRKEI

Debatten über Missstände in der Türkei und den Kampf gegen den IS [> S. 5](#)

GESPRÄCHSKREIS ISLAM

Aslan: Islamistischen Terror nicht auf religiösen Analphabetismus zurückführen. [> S. 7](#)

SECHSTER BILDUNGSBERICHT

Positive Entwicklungen im deutschen Bildungssystem [> S. 9](#)

Die CSU-Landesgruppe auf dem Parteitag 2016 [> S. 10](#)

Termine der Woche [> S. 11](#)

Interview

Stracke: Einwanderung in unsere Sozialsysteme weiter verhindern



Foto: picture alliance/dpa

EU-Ausländer sollen künftig erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen haben - so der entsprechende Gesetzesentwurf. Stephan Stracke, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, stellt klar: „Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber unseren Bürgern.“

Herr Stracke, am Freitag wurde in erster Lesung ein Gesetz beraten, welches den Sozialmissbrauch durch EU-Ausländer eindämmen soll. Was steckt hinter dieser Gesetzesinitiative?

Für uns gilt der Grundsatz, dass nur diejenigen in den Genuss von Sozialleistungen kommen, die in dem jeweiligen Mitgliedstaat längere Zeit gelebt und entsprechende Beiträge entrichtet haben. Wer dagegen noch nie in Deutschland gearbeitet hat und für seinen Lebensunterhalt auf staatliche finanzielle Unterstützung angewiesen ist, muss existenzsichernde Leistungen im jeweiligen Heimatland beantragen. Mit dem Gesetz stellen wir dies sicher. Damit stärken wir das Vertrauen in die europäische Idee und die Akzeptanz in die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Gleichzeitig schützen wir die Kommunen vor finanzieller Überforderung.



Foto: Henning Schacht

Warum ist ein solches Gesetz notwendig?

Mit dem Gesetz reagieren wir auf Urteile des Bundessozialgerichts von Anfang Dezember 2015, wonach jedem EU-Ausländer spätestens nach sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland ein Anspruch auf Sozialhilfe zusteht. Die Urteile unterlaufen die bestehende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und sind nicht hinnehmbar. Künftig gibt es für die Betroffenen einen Leistungsanspruch im SGB II oder SGB XII erst nach einem fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland.

Die CSU-Landesgruppe hatte bereits auf ihren Klausurtagungen Beschlüsse zum Thema Armutsmigration gefasst. Kann man jetzt sagen, was lange währt, wird endlich gut?

Wir setzen weiter alles daran, die Einwanderung in unsere Sozialsysteme zu verhindern. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber unseren Bürgern, die mit ihrer Arbeitsleistung einen Beitrag für unsere Sozialsysteme leisten. Wir haben hierzu in der Vergangenheit bereits viel erreicht: befristete Wiedereinreiseperrnen, eine stärkere Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, die Verhinderung des Doppelbezuges von Kindergeld. Das Gesetz reiht sich ein in diese Maßnahmen.

Arzneimittelgesetz

Forschung an nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen neu geregelt



Foto: picture alliance/shotshop

Lange wurde im Deutschen Bundestag darüber diskutiert, ob es Ausnahmen vom Verbot gruppennütziger Forschung an nichteinwilligungsfähigen Erwachsenen, zum Beispiel an Demenzkranken, geben soll. Am Freitag stimmte der Bundestag mehrheitlich für eine Neuregelung, die diese Forschung erlaubt – unter engen Vorgaben.

Es handelt sich um die schwierige ethische Frage: Dürfen einwilligungsfähige Erwachsene sich zur Teilnahme an späteren klinischen Prüfungen entschließen – auch wenn sie selbst von diesen Forschungen keinen Nutzen mehr haben werden und diese zu einem Zeitpunkt stattfinden, an dem die Teilnehmer nicht mehr einwilligungsfähig sein werden? Also zum Beispiel bei Demenz.

In der vergangenen Woche stimmten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in einer Gewissensentscheidung für einen Antrag unter anderem von Georg Nüßlein (CSU), der diese gruppennützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen nur unter strengen Schutzvorgaben zulässt. Voraussetzung für die erlaubten gruppennützigen Forschungen ist eine verpflichtende ärztliche Beratung sowie die Vorabereinwilligung der Probanden zu einem Zeitpunkt, an dem die vollständigen geistigen Kräfte noch vorhanden waren. Georg Nüßlein unterstrich, dass niemand zur Teilnahme an solchen Studien gezwungen werde. Ein Ausstieg sei jederzeit möglich. Mit der Neuregelung, so Nüßlein, werde EU-Recht umgesetzt.

Am Mittwoch war zuvor ein Antrag abgelehnt worden, der weitgehend an der bisherigen Rechtslage festhalten wollte – medizinische Forschung an einer nicht einwilligungsfähigen Person sollte demnach nur dann erlaubt sein, wenn ein direkter Nutzen für den Betroffenen zu erwarten ist. Auch ein Antrag, der die Zustimmung zu Arzneitests auch ohne vorherige ärztliche Beratung ermöglichen wollte, fand keine Mehrheit.

Neben dieser Forschungsfrage standen aber auch noch andere Anpassungen im Arzneimittelbereich zur Debatte. So soll beispielsweise klargestellt werden, dass eine Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln grundsätzlich nur erfolgen darf, wenn die Verschreibung nach einem direkten Arzt-Patienten-Kontakt ausgestellt wurde. Außerdem soll das Berufsbild der Apothekerinnen und Apotheker in der Bundes-Apothekerordnung umfassender beschrieben und die Herstellungserlaubnispflicht des Großhändlers für das Umfüllen und Kennzeichnen von Sauerstoff teilweise aufgehoben werden.

Neues Filmförderungsgesetz

Mehr gute deutsche Filme



Foto: picture alliance/dpa

Filme wie *Tschick*, *Toni Erdmann* oder *Honig im Kopf* gehören zu den jüngsten deutschen Kassenschlagern in den Kinos – nicht zuletzt dank der deutschen Filmförderung. Am Donnerstag verabschiedeten die Abgeordneten ein neues Filmförderungsgesetz, mit dessen Hilfe noch mehr gute deutsche Filme produziert und in die Kinosäle gebracht werden können.

„Filmförderung heute, das ist Raum schaffen für das kreative Potential der Filmschaffenden, die Freiheit der Kunst hochhalten“, betonte Astrid Freudenstein (CSU) in ihrer Rede. Sie erinnerte an den Zweck der Förderung: den Kinofilm als Kultur- und als Wirtschaftsgut zu fördern. Es geht darum, positive Rahmenbedingungen für die Produktion von Kinofilmen sicherzustellen. Dabei leistet die Filmbranche selbst durch eine Filmabgabe an die Filmförderungsanstalt FFA einen wesentlichen Beitrag zum Filmförderungssystem in Deutschland. Daran wird auch in Zukunft festgehalten.

Spürbare Verbesserungen erreicht

Mit der Novelle des Filmförderungsgesetzes werden spürbare Verbesserungen erreicht: „Wir wollen mehr Klasse statt Masse“, so Freudenstein. So wird es eine verstärkte Förderung für Drehbücher geben, um den deutschen Qualitätsfilm zu stärken. Auch wird die Förderung von Kinder- und Dokumentarfilmen verbessert. Zudem schafft das neue Gesetz Regeln, die beispielsweise Erleichterungen für die Produzenten beim Eigenanteil der Fördersumme vorsehen oder die eine Verschlankung und Professionalisierung der Fördergremien zum Ziel haben. Auch gibt es Verbesserungen für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen: Als Bedingung für Förderhilfen muss in den Kinos eine barrierefreie Fassung des Films in Kinoqualität vorliegen. Neu sind auch Förderhilfen für die medienpädagogische Begleitung von Kindern und Jugendlichen bei Kinoaufführungen.

Bayern als gutes Beispiel für regionale Filmförderung

Freudenstein wies aber auch auf die regionale Filmförderung hin: Allein im vergangenen Jahr seien 45 Filme in Bayern produziert worden, der Freistaat sei zudem das Bundesland mit den meisten Kinos und Spielstätten.

Nötig wurde eine Neuregelung des Filmförderungsgesetzes, weil die verpflichtende Zahlung einer Filmabgabe an die Filmförderungsanstalt FFA zum 31. Dezember ausläuft.

Türkei

Debatten über Missstände in der Türkei und den Kampf gegen den IS



Foto: picture alliance/dpa

Verhaftete Journalisten, unterdrückte Opposition: Die aktuelle Lage in der Türkei lässt Grund zur Sorge und war deshalb Thema einer vereinbarten Debatte im Deutschen Bundestag. Außerdem stimmten die Abgeordneten am Donnerstag für eine Verlängerung des Einsatzes gegen den Islamischen Staat, der von Incirlik (Türkei) aus koordiniert wird. Hans-Peter Uhl und Julia Obermeier sprachen für die CSU-Landesgruppe zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten. Ihre wichtigsten Aussagen im Überblick:

Hans-Peter Uhl

...zur Situation in der Türkei:

Die Türkei verstößt ganz unzweifelhaft mit ihren Fehlentwicklungen gegen alle Grundprinzipien unserer europäischen Werteordnung. Dem von der EU vielbeschworenen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts hat „Sultan“ Erdogan demonstrativ den Rücken gekehrt.

...zu den Konsequenzen für Deutschland und Europa:

Die Türkei ist nun mal das geografische Scharnier zwischen uns, Europa, und dem Nahen Osten. Und so wird es auch bleiben. ... Wir haben immer gesagt: Wir brauchen wegen der Scharnierfunktion eine Heranführung der Türkei an die Europäische Union.

Das heißt, die privilegierte Partnerschaft, die wir entwickelt haben, war von Anfang an der richtigere Weg.... Angesichts der Entwicklungen erwartet man von uns klare Kante; denn die Türkei ist wohl auf dem Weg, nicht mehr nur Transitland für Flüchtlinge zu sein, sondern wird leider Gottes auch Herkunftsland kurdischer Flüchtlinge. In einer solchen Zeit wäre es unverantwortlich, der Türkei eine Visaliberalisierung zu gewähren. Wir sind strikt gegen die Visaliberalisierung.

 **CSU-Landesgruppe**
@csu_bt

H.-P. Uhl zur **#Türkei**: Ausschluss aus **#NATO** wäre Fehlentscheidung, EU-Beitrittsverhandlungen sind allerdings Irrweg.



[> weiterlesen](#)

Julia Obermeier

... zum Truppenstützpunkt Incirlik in der Türkei mit Blick auf die aktuelle Situation:

Kommende Woche reise ich zur NATO-Parlamentstagung nach Istanbul. Dort werde ich, dort werden wir die



The image shows a screenshot of a tweet from Julia Obermeier (@Julia_Obermeier). The tweet text reads: "Julia Obermeier - Bundeswehreinsatz gegen Terrororganisation IS: youtu.be/etxtygj2M58?a über @YouTube". Below the text is a video thumbnail with a play button icon. The video title is "Julia Obermeier - Bundeswehreinsatz gegen Terrororganis..." and the description is "– Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung und Ergänzung de...". The source is listed as "youtube.com".

Missstände offen ansprechen, und wir werden die Türkei an die Werte erinnern, auf denen die NATO aufbaut. ... Aber ich stelle fest: Der NATO-Luftwaffenstützpunkt in Incirlik ist heute der strategisch wichtigste Ausgangspunkt im Kampf gegen den IS. ... Ich erinnere noch einmal daran: Unsere Soldatinnen und Soldaten sind nicht wegen der Türkei in Incirlik, sondern um den IS zu bekämpfen.

...zur Verlängerung des Anti-IS-Mandats:

Gerade jetzt, im entscheidenden Kampf um die IS-Hochburgen Mosul und Rakka, dürfen wir die internationale Allianz nicht im Stich lassen. Unsere Männer und Frauen in Uniform werden dringend gebraucht. Beispielsweise stellen sie die Luft-Luft-Betankung, und sie tragen zu einem umfassenden Lagebild bei. Die Tornado-Aufklärungsflugzeuge liefern gestochen scharfe Bodenaufnahmen des Gebiets, in dem der IS sein Unwesen treibt. Zukünftig werden wir uns an AWACS-Aufklärungsflügen der NATO beteiligen und die besten Bilder für die Luftraumüberwachung bereitstellen.

Gesprächskreis Islam

Ednan Aslan: Islamistischen Terror nicht auf religiösen Analphabetismus zurückführen



Foto: CSU-Landesgruppe

Welche Rahmenbedingungen braucht muslimisches Leben in Deutschland? Dazu diskutierten beim Islam-Gesprächskreis der CSU-Landesgruppe am Donnerstag Heinrich de Wall, Professor für Kirchenrecht an der Universität Erlangen, und Ednan Aslan, Professor für islamische Studien an der Universität Wien. Aslan unterstreicht in seinem Gastbeitrag, dass den muslimischen Organisationen selbst eine zentrale Verantwortung bei der Integration zukommt.

VON PROFESSOR EDNAN ASLAN

Nach den Anschlägen und wachsenden Strukturen des politischen Islams macht sich quer durch Europa eine Ratlosigkeit und Verunsicherung breit. Es ist wieder die Rede von einer nie dagewesenen Herausforderung, vor der die westliche Gesellschaft stehe, und es erhebt sich abermals die Frage, wie diesem Phänomen beizukommen sei.

Ohne sachliche Debatte über die Motive des politischen Islams, ohne ausführliche Befassung mit seinen politischen, wirtschaftlichen und theologischen Wurzeln kann und wird es nicht gelingen, dieser akuten Gefährdung Europas auf angemessene Weise und wirksam entgegenzutreten. Zunächst gilt es, sich vor Augen zu



Foto: CSU-Landesgruppe

[> weiterlesen](#)

führen, dass der politische Islam nicht über Nacht ein fester Bestandteil der europäischen Ballungszentren geworden ist – nicht nur gut informierte Kreise wissen, dass es ganz bestimmte Gegebenheiten sind, die Europa in den vergangenen Jahren zu einem wahren Magneten für den politischen Islam gemacht haben. Namentlich sind gewisse ausländische Staaten mit ihren religiösen und wirtschaftlichen Strukturen seit den 1980er Jahren in diesem Europa aktiv, bis zur Gegenwart konnten diese durch großzügige finanzielle Förderung gewährleisten, dass die Moscheen und islamischen Vereinsstrukturen immer noch fest in ihren Händen sind.

Politische, soziale aber auch theologische Gründe

Dass sich die islamischen Strukturen derart anfällig für den politischen Islam erweisen, hat neben politischen und sozialen eben auch dezidiert theologische Gründe. Diese werden von den Muslimen selbst kaum wahrgenommen beziehungsweise aufgezeigt werden, was freilich die Voraussetzung für eine entschiedene Ablehnung wäre. So darf der im Namen des Islams verübte Terror nicht – wie immer wieder behauptet – auf religiösen Analphabetismus zurückgeführt werden: Diese jungen, ideologisch fanatisierten Menschen, die weltweit mit einschlägigen Aktionen in Erscheinung treten, sind aufgrund ihrer Ausbildung in Sachen klassischer Lehre weit umfassender und intensiver gebildet als Imame in gewöhnlichen Moscheegemeinden. Die Gewalt, die von diesen jungen Menschen ausgeht, hat demnach sehr wohl theologische Hintergründe.

Muslimische Organisationen müssen für Integration sorgen

Solange es aber möglich ist, dass ein bestimmtes Islamverständnis die Errichtung des sogenannten „Islamischen Staats“ als religiösen Auftrag sieht, solange jegliche Kritik am Islam mit der Keule der Islamophobie-Ideologie zum Verstummen gebracht wird, solange an der Verfestigung eines Bildes gearbeitet wird, welches den Westen als Feind des Islams darstellt und junge Menschen zur Vernichtung der selbst geschaffenen Feinde zum Angriffsjihad motiviert werden, ist die Wiederholung solcher Anschläge in den Zentren Europas nur eine Frage der Zeit. Gleichwohl soll dieser Versuch einer knappen Darlegung der Gründe für islamisch motivierte Gewalt kein Anlass für Hoffnungslosigkeit oder Verzweiflung sein; er soll vielmehr den Anstoß geben zu einer sachlichen Debatte über wirksamere Integrationsmaßnahmen für die in Europa lebenden Muslime. Doch dabei kommt den muslimischen Organisationen eine zentrale Verantwortung zum Handeln zu – mit oberflächlichen Verurteilungen, die innergemeinschaftlich keinerlei Konsequenzen haben, können solche Probleme nicht gelöst werden. Denn diese werden ja teilweise aus Nachlässigkeit und aus Angst, politisch nicht korrekt zu handeln, selbst produziert. Eine berechtigte Frage, die ohne Rücksicht auf Political Correctness zu beantworten wäre, ist sicherlich jene, ob sich die muslimischen Organisationen, unter dem Einfluss der ausländischen Staaten, für eine echte Integration einsetzen können. Mit Milli Görüs, der Muslimbruderschaft oder der seit einigen Jahren sehr stark politisierten ATIB/DITIB dürfte dies jedenfalls kaum zu verwirklichen sein.

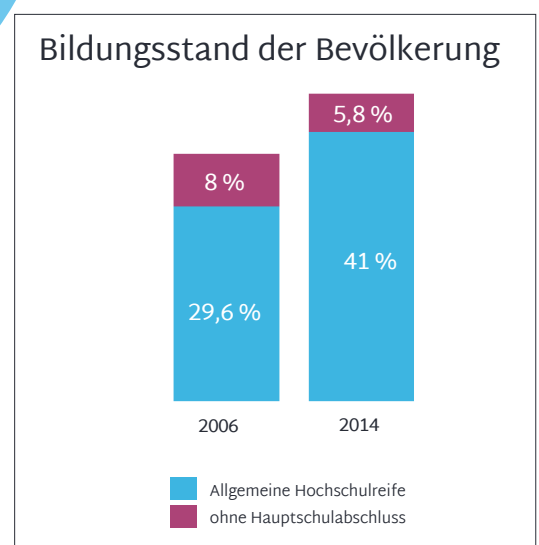
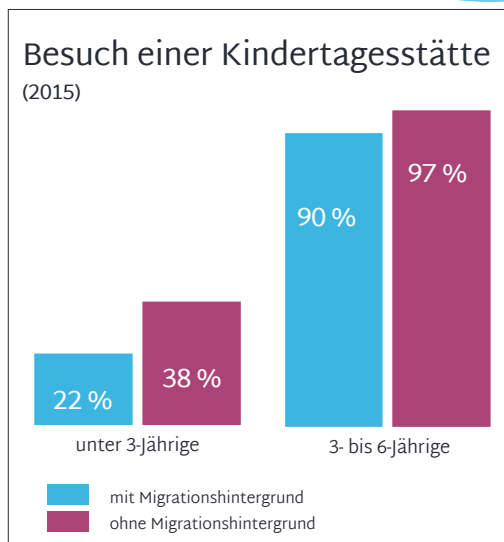
Sechster Bildungsbericht

Positive Entwicklungen im deutschen Bildungssystem

„Bildung in Deutschland 2016“ – über dieses Thema diskutierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Freitag. Grundlage war der von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellte sechste Bildungsbericht.

Die Forscher berichten darin über positive Entwicklungen im deutschen Bildungssystem und stellen fest, dass die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sind, auf rund 266 Milliarden Euro im Jahr 2014. Bildungsstand und Bildungsbeteiligung haben sich laut Bericht positiv entwickelt. Eine wesentliche Herausforderung bleibt aber der weiterhin bestehende Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Auch auf die Qualifizierung im unteren Bereich sowie die Steigerung der Qualität in den Bildungsangeboten und sich abzeichnende regionale Unterschiede sollte verstärkt geachtet werden. In seinem Schwerpunktkapitel befasst sich der Bericht nach zehn Jahren erneut mit dem Thema „Bildung und Migration“.

Ausgaben
für Bildung und Forschung
2014
265,5 Mrd. Euro
(9,1 Prozent des BIP)



#CSUPT16

Die CSU-Landesgruppe auf dem Parteitag 2016

#CSUPT16 in München: Vergangene Woche fand der CSU-Parteitag 2016 statt. Es ging um Inhalte und die Leitlinien der Partei. Auch die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe waren in München dabei. Was sie getwittert haben, lesen Sie hier:

Andreas Lenz @DerLenzMDb
#CSUpt16 - bisher geht es noch ohne Angela Merkel #csu #seehofer



CSU-Landesgruppe @csu_bt
Politik trifft Praxis: Gerda #Hasselfeldt beim Rundgang auf dem #CSUPT16



Gudrun Zollner @GudrunZollner
Der Parteitag läuft auf Hochtouren. Unser Vorsitzender und Ministerpräsident Horst Seehofer findet klare Worte, ...
fb.me/7m2SQQNxG

Dorothee Bär @DoroBaer
Standingovations für Horst #Seehofer #csupt16

Dorothee Bär @DoroBaer
"Wir haben den modernsten Parteitag Europas!" So schaut es aus lieber @AndiScheuer #csupt16



Dorothee Bär @DoroBaer
Jetzt isser da, der @sebastiankurz ! Juhu! #csupt16

Julia Obermeier @Julia_Obermeier
Wir als #europa müssen entscheiden wer zu uns kommt, nicht die Schlepper! @sebastiankurz beim #csupt16



Johannes Singhammer @JohannesSingham
Keine Abhängigkeit von Erdogan, dh Europa und Deutschland müssen ihre Aussengrenzen selbständig sichern.

Andreas Scheuer @AndiScheuer
Die #CSU beschließt heute ein neues Grundsatzprogramm. Viel Spaß mit unserem #360Video zu #dieOrdnung



Andreas Scheuer stellt das neue Grundsatzprogramm der ...
Beschreibung
youtube.com

Julia Obermeier @Julia_Obermeier
Der politische #islamismus hat mit #religionsfreit nichts zu tun @sebastiankurz beim #csupt16

Volker Ullrich @VolkerUllrich
Das neue CSU-Grundsatzprogramm ist stark, differenziert und klug! Es trägt eine moderne Handschrift #csupt16 #dieOrdnung

CSU-Landesgruppe hat retweeted
Katrin Albsteiger @dieAlbsteigerin · 4. Nov.
War bei Facebook live mit @BILD facebook.com/katrin.albstei...



Wolfgang Stefinger @StefingerMdB
Klarer Kurs bei der #CSU - Neues Parteiprogramm beschlossen! csu.de @csu_bt



Foto: CDU/CSU-Fraktion

Kongress „Frauen als Motor der Integration“

Bei der Integration der bleibeberechtigten Flüchtlinge kommt Frauen eine besondere Rolle zu: Sie sind der Schlüssel zur Integration anderer. Wie das am besten geschehen kann war Thema des Kongresses „Frauen als Motor der Integration“, zu dem die Unionsfraktion Montag nach Berlin geladen hatte. Zentral ist der Wert der Gleichberechtigung, da waren sich die Podiumsteilnehmer einig – Frauen müssten von Anfang an die gleichen Rechte und Chancen haben wie Männer. Der Vorsitzende des Familienausschusses, Paul Lehrieder (CSU), betonte abschließend: „Wenn wir es nun gemeinsam schaffen, dass das Miteinander und die Integration mit all ihren Aspekten besser gelingen, dann wäre dies nicht nur für die Menschen, die zu uns kommen, sondern auch für unsere Gesellschaft insgesamt ein großer Gewinn.“

Fachgespräch „Religiöse Vielfalt in Deutschland“

Was bedeutet eine wachsende Zahl unterschiedlicher Religionen für das bewährte Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in Deutschland? Welche Herausforderungen kommen auf Staat und Gesellschaft künftig zu und sind gesetzgeberische Maßnahmen notwendig? Mit diesen Fragen beschäftigte sich ein weiteres Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesentwicklungsminister, machte deutlich, dass es Gemeinsamkeiten in allen Religionsgemeinschaften gebe, wie das Prinzip der Gegenseitigkeit oder die Hinwendung zu den Armen. Er mahnte jedoch, „dass wir von Religionsgemeinschaften einfordern müssen, dass die Antworten, die sie geben, global einsetzbar sind. Sonst werden wir die Grundlagen gegenseitigen Respekts und Toleranz nicht umsetzen können.“



Foto: CSU-Landesgruppe

Wie lassen sich Kinderehen verhindern? Ein Fachgespräch.



Foto: CDU/CSU-Fraktion

Kinderehen sind mit den Werten unseres Landes unvereinbar – dieses klare Bekenntnis gaben alle Podiumsteilnehmer des Fachgesprächs ab, das ebenfalls diese Woche von der Unionsfraktion im Bundestag veranstaltet wurde. Der bayerische Staatsminister der Justiz Winfried Bausback (CSU) machte deutlich, dass eine klare Regelung für die Handhabung von Ehen unter 16 nötig sei und verwies auf den von ihm erarbeiteten Regelungsvorschlag mit einer Nichtigkeitslösung. Die Behörden müssten zudem vom ersten Tag an Interventionsmöglichkeiten haben. Er betonte: „Wenn nicht wir als westliche Demokratie ein klares rechtliches Signal aussenden, wer soll denn dann überhaupt für eine wirksame Lösung eintreten.“

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@dcdcsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Foto Eigsperger

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.